

Personalwechsel im Präsidium: von Anfang an für die Mitte geplant

Bericht von der Delegiertenversammlung am 9. September 2026

Mit der Wahl der Vizepräsidentin stellte die Delegiertenversammlung ein paritätisch besetztes Präsidium der Ärztekammer Berlin sicher. Außerdem wurde die Fortsetzung der Förderung der Gedenkstätte Alt Rehse beschlossen. Der Präsident berichtete über Fortschritte bei der Digitalisierung und dem Bürokratieabbau. Abschließend debattierten die Delegierten kontrovers über die Einrichtung einer Ombudsstelle gegen Diskriminierung und sexualisierte Gewalt.

Auszug aus der Tagesordnung der 17. Sitzung der Delegiertenversammlung

- Bericht des Ausschusses zur Schlichtung von Streitigkeiten über Behandlungsfehler
- Nachwahl zum Vorstand
- Weiterbildung der Ärztekammer Berlin
- Gremien der Ärztekammer Berlin
- Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse e. V. – Bericht über die Aktivitäten
- Errichtung einer Ombudsstelle der Ärztekammer Berlin zum Schutz vor Diskriminierung und sexualisierter Gewalt
- Vertrauensperson in Weiterbildungsfragen der Ärztekammer Berlin

Bevor er in die Tagesordnung (TO) einstieg, begrüßte PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin (ÄKB), die referierenden Gäste: Prof. Dr. med. Walter Schaffartzik, den Vorsitzenden des Ausschusses zur Schlichtung von Streitigkeiten über Behandlungsfehler in der Ärztekammer Berlin, und dessen Stellvertreter Dr. med. Bernd Weber. Ebenfalls anwesend waren Dr. Rainer Stommer, Geschäftsführer der Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse, und Dr. med. Thomas Maibaum, Facharzt für Allgemeinmedizin und Vorstandsmitglied der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern.

Anschließend begrüßte Bobbert ein neues Mitglied in der Delegiertenversammlung (DV): Dr. med. Iris von Wunsch-Rolshoven Teruel (FrAktion Gesundheit) übernimmt das Amt von Dr. med. Sara Arewa. Sie ist Fachärztin für Innere

Medizin in einer Berliner Praxis für Infektiologie und seit 2021 Mitglied im Arbeitskreis „Klimawandel und Gesundheit“ der Ärztekammer Berlin.

Anfragen

Unter dem ersten Tagesordnungspunkt (TOP) „Anfragen an den Vorstand“ fragte Dr. med. Katharina Thiede (FrAktion Gesundheit) nach der Positionierung der Ärztekammer Berlin zum Referentenentwurf „Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstes“. Sowohl die Bundesärztekammer (BÄK) als auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hätten in ihren Stellungnahmen zum Entwurf angemahnt, dass die Arzt-Patienten-Beziehung vor Maßnahmen der Nachrichtendienste geschützt werden müsse.

Bobbert bestätigte, dass der drohende Eingriff in das Arzt-Patienten-Verhältnis durch den Referentenentwurf in der BÄK diskutiert werde und er dieses Thema auch in Gesprächen mit Bundestagsmitgliedern anspreche. Er äußerte die Sorge, dass wesentliche, potenziell einschneidende Gesetzesvorhaben – etwa das Apothekenreformgesetz – aus ärztlicher Sicht zunehmend aus dem Fokus geraten. Thiede bat den Präsidenten, aus der BÄK zur Reform des Nachrichtendienstes zu berichten, und regte eine Pressemitteilung der ÄKB zu diesem Thema an.

Dr. med. Claudio Freimark (Marburger Bund) fragte, wann der in der vorherigen DV vertagte Tagesordnungspunkt zur Beendigung des Ausschusses Versorgung und seiner Unterausschüsse sowie zur Neugründung eines Ausschusses Versorgung der Ärztekammer Berlin nachgeholt werde. Bobbert erläuterte, man sei so verblieben, dass zunächst die Ausschussvorsitzenden der Delegiertenversammlung berichten sollten, bevor darüber entschieden werde. Der entsprechende TOP 3 sei heute jedoch bereits einem anderen Ausschuss vorbehalten.

Freimark berichtete weiter, dass ihn Kolleg:innen aus dem Fachverband Orthopädie nach einer Wiedereinführung des Kinderfreibetrags gefragt hätten und erkundigte sich nach dem Ergebnis des Arbeitskreises zur Beitragsordnung. Bobbert teilte mit, dass der Abschlussbericht vorliege und nun in der Haushaltskommission beraten werde, mit dem Ziel, einen Beschluss in der DV im November zu fassen.

Hinweise

Julian Veelken (FrAktion Gesundheit) verwies auf das „Edelweiß Netzwerk“, das auf die Medienmacht der Neuen Rechten aufmerksam macht, und wies darauf hin, dass Frank Gotthardt, der Verwaltungsratsvorsitzende der Compu-Group Medical, das rechtspopulistische Portal „Nius“ finanziere. Dieses Wissen solle unter Kolleg:innen verbreitet werden, um dies bei einer möglichen Kaufentscheidung für entsprechende im Praxisbetrieb relevante Produkte zu berücksichtigen. Bobbert erwiderte, die Thematik sei dem Vorstand und der BÄK bekannt. Es sei jedoch nicht Aufgabe der Kammer, ihren Mitgliedern bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen Empfehlungen zu geben. Die klare Haltung des Vorstandes gegen extremistische Tendenzen sei bereits oft bekräftigt worden. Letztlich müsse jede Ärztin und jeder Arzt die Kaufentscheidung selbst treffen.

Der Präsident ergänzte die schriftlichen „Mitteilungen des Vorstandes“ um den Hinweis, dass die Digitalisierung und der Bürokratieabbau in der Ärztekammer Berlin konsequent vorangetrieben würden. Das Mitgliederportal sei mit dem heutigen Tag auf ein neues Kammerportal umgestellt worden. Bei der Entbürokratisierung würden alle Verfahren auf Sinnhaftigkeit geprüft und gegebenenfalls abgeschafft. So entfällt für Weiterbildungsbefugte bei einem Praxisumzug innerhalb Berlins, bei einem Trägerwechsel oder bei einer MVZ-Übernahme künftig der erneute Antrag auf Anerkennung der Befugnis, sofern sich nichts an den zu vermittelnden Inhalten und deren Umfang ändert und die Befugnis nicht älter als fünf Jahre ist.

Anschließend berichtete Schaffartzik für den Ausschuss zur Schlichtung von Behandlungsfehlerstreitigkeiten. Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen ermöglichen Patient:innen eine niedrigschwellige Prüfung möglicher Behandlungsfehler und liefern Ärzt:innen Erkenntnisse zu Fehlerhäufungen für die Fehlerprävention.

Nachwahlen

Wie angekündigt, legte Dr. med. Matthias Blöchle (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) sein Amt als Vizepräsident zur Amtszeithälfte nieder, um ein paritätisch besetztes Präsidium zu ermöglichen. Bobbert dankte ihm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Blöchle dankte dem Hauptamt und dem Präsidenten ebenfalls für

die stets gute Zusammenarbeit und schlug Dr. med. Kathleen Chaoui (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) als seine Nachfolgerin vor, da sie sich in der Vorstandsarbeit äußerst bewährt habe. Chaoui wurde ohne Gegenkandidatur mit 24 von 34 Stimmen – zwei Stimmen waren ungültig – zur Vizepräsidentin gewählt und nahm die Wahl an. Danach wurde Blöchle ohne Gegenkandidatur mit 23 von 34 Stimmen als weiteres Vorstandsmitglied gewählt.

Geplanter Personalwechsel

Der bisherige Vizepräsident der Ärztekammer Berlin, Dr. med. Matthias Blöchle, hat auf eigenen Wunsch sein Amt nach der Hälfte der Legislaturperiode abgegeben, um der Delegiertenversammlung die Wahl eines paritätisch besetzten Präsidiums zu ermöglichen. Bereits im Vorfeld der Delegiertenversammlung hatten ihm Präsident PD Dr. med. Peter Bobbert sowie der Geschäftsführer der Ärztekammer Berlin, Ass. jur. Michael Hahn, in kleiner Runde für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und sein großes Engagement gedankt.



Foto: Ärztekammer Berlin

Blöchle ist seit 2007 Mitglied der Delegiertenversammlung und wurde 2017 von den Delegierten in den Vorstand gewählt. Im Jahr 2020 hatte er das Amt des Vizepräsidenten übernommen und war 2024 wiedergewählt worden.

In seiner Amtszeit setzte er sich unter anderem für die Stärkung der Prävention und Gesundheitskompetenz, für Frauengesundheit und insbesondere für die Reproduktionsmedizin ein. Auch die Themen Organspende und medizinische Versorgung obdachloser Menschen lagen ihm am Herzen. Er gehört der Liste „Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund“ an und wird sich für diese auch weiterhin als Delegierter gesundheitspolitisch für die Ärztekammer Berlin engagieren.

Die Ärztekammer Berlin hat eine neue Vizepräsidentin

Am 9. September 2026 wurde Dr. med. Kathleen Chaoui von der Delegiertenversammlung zur neuen Vizepräsidentin der Ärztekammer Berlin gewählt. Damit löste sie Dr. med. Matthias Blöchle ab, der wie geplant nach der Hälfte seiner Amtszeit als Vizepräsident die Amtsgeschäfte übergeben hat. Chaoui gehört ebenso wie Blöchle der Liste Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund an. Die niedergelassene Fachärztin für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde mit Zusatz-Weiterbildung Allergologie ist seit vielen Jahren politisch aktiv. Seit 2019 ist sie Mitglied im Weiterbildungsausschuss IV der Ärztekammer Berlin, seit 2020 Mitglied des Vorstandes und seit 2024 Delegierte der Kammer.



KC

Dr. med. Kathleen Chaoui

Foto: privat

BÄ

Frau Dr. Chaoui, wie sind Sie zur Berufspolitik gekommen?

KC

Ich bin seit über 20 Jahren als niedergelassene HNO-Ärztin und Allergologin tätig, stets im direkten Kontakt zu meinen Patient:innen. Ich konnte in dieser Zeit viel darüber lernen, was in unserem Gesundheitswesen gut läuft und was nicht. Um diese Erfahrungen an die nächste Generation weiterzugeben und um die Rahmenbedingungen für unseren Beruf zu erhalten und zu verbessern, habe ich beschlossen, mich in der Berufspolitik zu engagieren.

Welche Themen sind Ihnen bei Ihrer berufspolitischen Arbeit besonders wichtig?

Ich halte es für unverzichtbar, dass sich die zunehmende Ambulantisierung auch in der ärztlichen Weiterbildung niederschlägt. Dabei spielt die Verzahnung der Sektoren eine entscheidende Rolle und Weiterbildungsverbünde werden an Bedeutung gewinnen. Voraussetzung dafür ist auch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin.

Wichtig ist mir zudem, dass Bürokratie und Vorgaben zur Qualitätssicherung fortlaufend auf ihre Eignung überprüft werden. Dafür habe ich mich eingesetzt und eine enge Zusammenarbeit mit den Landesüberwachungsbehörden etabliert, um die Vorgaben im Sinne der Qualität und Patientensicherheit praxisnah und mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand umzusetzen.

Um junge Menschen für den Beruf der Medizinischen Fachangestellten (MFA) zu begeistern, ist es notwendig, ihnen Aufstiegschancen zu ermöglichen. Durch die Anpassung der Fortbildungen für MFA an neue gesetzliche Regelungen ist das schon zum großen Teil gelungen. Zudem bietet die Digitalisierung im Gesundheitswesen aus meiner Sicht nicht nur Chancen in der Versorgung und beim Bürokratieabbau, sondern eröffnet auch neue Tätigkeitsfelder für MFA. Da die Ausbildung von MFA zu mehr als 90 Prozent in den Arztpraxen stattfindet, ist diese Entwicklung für den ambulanten Bereich besonders bedeutsam.

Was sind Ihre Ziele als Vizepräsidentin der Ärztekammer Berlin?

Ich werde mich für eine moderne, mitgliedernahe Kammerstruktur sowie für die weitere Optimierung und Digitalisierung der Kammerprozesse einsetzen. Besonders am Herzen liegen mir auch die Stärkung der Frauen- und Kindergesundheit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die kontinuierliche Verbesserung des Zugangs

von Frauen zu Führungspositionen und ihrer Beteiligung an der Berufspolitik. Dafür braucht es mehr Vorbilder und Mentorinnen.

Zudem ist mir wichtig, dass Ärzt:innen unabhängig von Tätigkeitsfeld und Sektor geschlossen auftreten, respektvolle und konstruktive Debatten führen und sich gemeinsam für die Unabhängigkeit in ärztlichen Entscheidungsprozessen einsetzen. Dazu gehört es, den weiteren Ausbau investorenbetriebener Gesundheitseinrichtungen zu verhindern. Ich bin überzeugt, dass es uns nur so gelingen wird, das Vertrauen und die Zufriedenheit der Angehörigen der Gesundheitsberufe zu erhalten und zurückzugewinnen.

Wir müssen neben der Einführung einer versorgungsstärkenden Patientensteuerung auch die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung fördern, den vertrauensvollen Umgang mit Patient:innen pflegen und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken, zum Beispiel mit flächendeckenden Schulgesundheitsfachkräften. So lassen sich in einer zunehmend komplexen Gesundheitslandschaft Ressourcen schonen, damit unser Gesundheitssystem zukunftsfähig bleibt.

Vielen Dank für das Gespräch. /

Dr. med. Antje Koch, Leiterin der Abteilung Weiterbildung / Ärztliche Berufsausübung, berichtete, dass der Prüfungsrückstand bei Facharztprüfungen aufgeholt sei und die Antragszahlen nun mit den Prüfungszulassungen im Gleichgewicht stehen. Dann fanden die Gremienwahlen statt.

Förderung

Es folgte der Vortrag von Stommer und Maibaum zur Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse e. V. Zunächst informierte Bobbert jedoch darüber, dass der Vorstand die weitere Förderung in Höhe von jährlich 5.000 Euro bereits beraten und den Delegierten zur Zustimmung empfohlen habe. Danach berichtete Maibaum, dass es im vergangenen Jahr 40 bis 60 Führungen und einige Tagungen gegeben habe. Die Stätte sei von bis zu 500 Menschen besucht worden und zwei Historiker forschten dort. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mahnte Maibaum, dass die Republik vor wenigen Tagen „ein blaues Erwachen“ erlebt habe. Auch im Wahlkreis Alt Rehse hätten die AfD und das BSW eine hohe Zustimmung erhalten. „Wir müssen solche Gedenkstätten gerade in diesen Regionen offenhalten“, betonte er.

Stommer zeichnete in seinem Vortrag die Genese des Projektes nach. Er berichtete erfreut, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern jüngst zugesagt habe, die Mietkosten für das Ausstellungshaus über einen Zeitraum von 15 Jahren zu übernehmen. Zudem sei vor wenigen Tagen die Sonderausstellung „Heilen und Vernichten – Idylle und Verbrechen“ in Schwerin eröffnet worden. Diese ist als Wanderausstellung konzipiert, so Stommer. Daher würde man sich freuen, wenn sie auch in Berlin gezeigt werden könnte.

Dr. med. Helene Michler (Fraktion Gesundheit) dankte den Referenten, plädierte für eine höhere finanzielle Unterstützung der ÄKB und forderte, die Ausstellung angesichts der politischen Lage in der Kammer zu zeigen. Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) wünschte sich eine breitere Zugänglichkeit der Ausstellung, etwa an einem zentraleren Ort für Schüler:innen und Kolleg:innen. Man sei sich der Problematik der Abgeschiedenheit bewusst, so Stommer. Dennoch bekomme die Gedenkstätte regelmäßig Besuch, auch von Student:innen. Zudem gebe es einen kleinen virtuellen Rundgang durch die Ausstellung. Hinsichtlich des Vorschlages, die Ausstellung zentraler in einer Stadt zu zeigen, vertrat er die Meinung: „Man kann es nur hautnah vor Ort nachvollziehen.“ Die weitere Förderung in Höhe von 5.000 Euro wurde einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Diskussion

Martina Jaklin, die Leiterin der Abteilung Berufs- und Satzungsrecht, gab zum nächsten TOP einen mündlichen Sachstandsbericht zur Errichtung einer Ombudsstelle der

Ärztekammer Berlin zum Schutz vor Diskriminierung und sexualisierter Gewalt. Einerseits gebe es das große Problem, dass viele Strafverfahren gar nicht mehr in einem Urteil enden, und damit würden sowohl berufsrechtliche als auch approbationsrechtliche Maßnahmen erheblich erschwert werden. Andererseits habe ihre Abteilung in den vergangenen 20 Jahren mit großem personellen und zeitlichen Aufwand richtungsweisende berufsgerichtliche Urteile in diesem Themenfeld erstreiten können.

In der Diskussion betonte Thiede, die Ombudsstelle biete die Chance, das Dunkelfeld durch niedrigschwellige Beratung ohne Verfahrensbindung auszuleuchten. Veelken sah das Hauptproblem in Belästigungen unterhalb der berufsrechtlichen Schwelle. Davon seien rund 80 Prozent der Frauen in Weiterbildung betroffen. Er erwarte von der Ombudsstelle, dass das Thema sexualisierte Sprache enttabuisiert werde und sie zu einem Wandel der Atmosphäre und des Habitus im klinischen Alltag beitrage. Jaklin wies auf steigende Fallzahlen bundesweit hin und auf das Problem, dass bekanntgewordene Tatsachen nach geltendem Berufsrecht zwingend Ermittlungen auslösten.

Dr. med. Laura Schaad (Marburger Bund) unterstrich die Notwendigkeit, in der Ombudsstelle klarzustellen, dass eine Beratung keine automatischen Konsequenzen nach sich ziehe. Dies könne zu Frustration führen und keine belastbare Datengrundlage liefern, merkte sie an. Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) differenzierte zwischen berufsrechtlich relevanten Tatbeständen und ihrer Ansicht nach weniger dramatischen, meist verbalen Übergriffen. Diese sollten ihrer Ansicht nach vor Ort in den Krankenhäusern geklärt werden. Sie plädierte für ein niedrigschwelliges Angebot zur statistischen Erfassung. Die primäre Zuständigkeit sehe sie jedoch nicht bei der Ärztekammer Berlin.

Abschließend empfahl Bobbert, dass der Vorstand unter Berücksichtigung der Diskussionen einen Vorschlag zur Errichtung einer Ombudsstelle vorbereiten solle, über den in der DV im November beschlossen werden könne, um möglichst bald zu einer Entscheidung zu kommen.

Den schriftlichen Jahresbericht 2026 der Vertrauensperson in Weiterbildungsangelegenheiten für die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin nahmen die Delegierten zur Kenntnis.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 25. November 2026 statt.

Ole Eggert
Pressesprecher